

## Ein guter Einblick und viele Anregungen

Großer Respekt vor dem oft entbehrungsreichen Dienst-Alltag im Justizvollzug

**Als Mitglied der CDU-Fraktion und des Rechtsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich die sogenannte parlamentarische Sommerpause gerne genutzt, um einige Einrichtungen der Berliner Justiz näher kennenzulernen.**

Im Rahmen meines Studiums der Rechtswissenschaften hatte ich vor etwa 10 Jahren schon einmal die JVA Tegel besichtigt und am 5. September war der Rechtsausschuss in der JVA Moabit zu Gast. Daher entschied ich mich für die Besichtigung der kürzlich umgezogenen Jugendarrestanstalt, des Justizvollzugskrankenhauses und der JVA des Offenen Vollzuges. Wichtig war mir, im Rahmen meiner Besichtigungen jeweils auch Gespräche mit Vertretern/innen der Personalräte zu führen.

Ich freue mich und habe das im Rahmen der Besuche auch deutlich gemacht, dass die rot-schwarze Berliner Koalition die Grundlage für die Übernahme des überwiegenden Teils der Anwärter für den Justizvollzugsdienst geschaffen hat. Und ich freue mich, dass Senator **Heilmann** schnell und kostensparend die in der Vergangenheit oft zu knappe Platzsituation in der JAA durch den Umzug in die ehemalige Ju-

gendstrafanstalt gelöst hat. Den Bediensteten im Vollzugsdienst kommt nach meinem Verständnis bei der gewünschten Resozialisierung der Straftäter eine Schlüsselrolle zu.

Wer keinen reinen Verwahrvollzug will und um die Leistung und den schweren Dienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug weiß, muss dies berücksichtigen. Und es gibt noch genug zu tun. Es muss nicht immer die große Politik sein. Manchmal hilft schon eine kleine Maßnahme anstrengende Arbeit der Mitarbeiter etwas leichter zu machen, z.B. mit dem Einbau eines Fenstergriffes zur verbesserten Frischluftversorgung in der Alarmzentrale des Justizvollzugskrankenhauses.

In sehr offenen Gesprächen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern habe ich erfahren, was sie für Erfahrungen und Probleme (Umzug der JAA bei laufendem Betrieb; Personalausstattung) haben, was ihren beruflichen Alltag prägt, welche umfangreichen Aufgaben sie haben und wie die Eigensicherung in der Praxis aussieht. Die Leistung der Justizvollzugsbediensteten für unsere Gesellschaft im Drei-Schicht System, oft an Feiertagen, Geburtstagen oder Weihnachten ist groß und oft auch entbehrungsreich. Dem

zolle ich großen Respekt. Die Mitarbeiter der Justiz leisten Ihren Dienst; auf sie ist Verlass. Ich danke auch an dieser Stelle dafür! Ich danke außerdem für den guten Einblick in den Justizalltag und die vielen Anregungen, die ich für meine Arbeit aus erster Hand erhalten habe.

R. Simon

### Roman Simon

Jahrgang 1974,  
katholisch,  
verheiratet,  
3 Kinder

Bankkaufmann  
und Jurist,

seit 1990 Mitglied der CDU

Mitglied des Berliner Abgeordneten-  
hauses seit 2011

Mitglied im Ausschuss für Verfassungs-  
und Rechtsangelegenheiten, Verbrau-  
cherschutz, Geschäftsordnung und im  
Ausschuss für Bildung, Jugend und Fa-  
milie, Jugend- und Familienpolitischer  
Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner  
Abgeordnetenhaus und im Berliner Bei-  
rat für Familienfragen und Mitglied im  
Richterwahlausschuss.



## Der BSBD Berlin fordert einen Besoldungsgipfel

Berliner Senat ignoriert Forderungen zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung

**Der dem Abgeordnetenhaus von Berlin für die Plenarsitzung am 30. August 2012 vom Senat vorgelegte und vom Innensenator Frank Henkel vorbereitete Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2012/2013 enthält nur den Hinweis auf eine „Zuleitung“ des Gesetzentwurfs an die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände.**

Der **BSBD Berlin** kritisiert die bisherige Verfahrensweise und fordert den Senat auf, endlich die immer größer werdende Kluft bei der Besoldung zu verringern. Nach 10 Jahren Personal- und Einkommenseinsparungen, bei immer größer werdender Arbeitsverdichtung, ist die Stimmung bei den Beschäftigten im Justizvollzug auf dem Nullpunkt angekommen. Der **BSBD Berlin** unterstützt ausdrücklich die Forderungen des **dbb berlin**. Der **dbb berlin** hat am 16. März 2012 den



Landesvorsitzender  
Thomas Goiny.

Foto: BSBD Berlin

Gesetzentwurf erhalten und am 4. April 2012 eine vorläufige Stellungnahme nach § 53 des Beamtenstatusgesetzes mit zahlreichen Forderungen zur Besoldungs- und Versorgungsentwicklung im Land Berlin abgegeben.

### Vom dbb berlin wird kritisiert:

- Die vorgesehenen Besoldungsanpassungen 2012 und 2013 mit jeweils zwei Prozent sind völlig unzureichend.
- Mit den Besoldungsanpassungen wird der Besoldungsrückstand von 16,3 Prozent zum Bund und bis zu 20 Prozent zum Beispiel zu den Ländern Bayern und Baden-Württemberg und auch mit über 10 Prozent zum Land Brandenburg nicht abgebaut.
- Der Senat verweigert eine Festlegung darüber, wie die Landesbeamtinnen

und Landesbeamten bis Ende 2017 an das Besoldungsniveau des Bundes und der anderen Länder herangeführt werden.

- Die mit der Besoldungsstrukturreform 2011 eingetretenen Benachteiligungen der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger werden nicht beseitigt.
- Die Mehrarbeitsvergütung und die Erschwerniszulagen werden ohne Angleichung an die für die in Berlin tätigen Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten geltenden Vergütungssätze erhöht. Zu diesen grundsätzlichen Forderungen nimmt der Senat auch in der Gesetzesvorlage nicht Stellung. Er ignoriert die Auseinandersetzungen zur Besoldungsentwicklung im Land Berlin weiterhin völlig. Der **BSBD Berlin** unterstützt die

Forderung der **gkl berlin** nach einem Besoldungsgipfel für die Beamtinnen und Beamten in Berlin.


Gleichzeitig fordert der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, für den Justizvollzug endlich Perspektiven zu schaffen. „Von allen Vollzugslaufbahnen steht der Berliner Justizvollzug am hintersten Ende. Nach uns kommt nichts mehr! Wir müssen uns nicht wundern, wenn wir die ausgebildeten Beamten/innen und Tarifbeschäftigten in andere Bundesländer verlieren, wenn wir nicht einmal das einhalten, was wir am Ausbildungsbeginn versprochen haben.“

Was wir dringend benötigen, sind zukunftsfähige Berufsbilder für den Justizvollzug. Das trifft für alle Laufbahnen zu. Daher muss der unsinnige Personalabbau endlich beendet werden und das Laufbahnrecht dringend attraktiver gestaltet werden“, forderte **Goiny**.

## Der DBV rät

### Jetzt Männer-Preisvorteil sichern

Der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2011 ein Urteil verkündet, nach dem die Versicherer künftig bei Prämien nicht mehr nach dem Geschlecht unterscheiden dürfen. Das war bislang der Fall, weil Frauen und Männer etwa bei der Krankenversicherung, aber auch in der Autoversicherung statistisch betrachtet unterschiedliche Kosten verursachen. Mit der Differenzierung nach Geschlecht ist ab dem **21. Dezember 2012** Schluss: Spätestens zu diesem Termin dürfen die Versicherer nur noch sogenannte „**Unisex-Tarife**“ anbieten. „Die Deutsche Beamtenversicherung, langjähriger Partner des **BSBD**, bietet den Mitgliedern eine besondere Beratung zu den neuen Tarifen an“, stellt der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, fest. „Nutzen Sie diese Chance, wenn Sie über den Abschluss einer Versicherung nachdenken. Unter Umständen lässt sich viel Geld sparen, wenn der Vertrag noch **vor Dezember 2012** abgeschlossen wird.“ Als Ansprechpartner für die Mitglieder des **BSBD Berlin**, steht das **DBV Büro** von **Tobias Krüger** jederzeit hilfreich zur Seite.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. 

**Deutsche Beamtenversicherung AG**  
**Tobias Krüger**

Budapester Str. 39 – 10787 Berlin  
Telefon: 030 26933900  
Telefax: 030 269 339 10  
Mobil: 0172 7712201  
E-Mail: [tobias.krueger@dbv.de](mailto:tobias.krueger@dbv.de)

## Was kommt nach einer Fusion?

### Wie sieht die Beurteilungspraxis in der JVA des Offenen Vollzuges Berlin aus ?

**Nach der Fusion des Offenen Vollzuges zu einer großen Anstalt im Jahr 2010, wurde auch klar, dass die dienstlichen Beurteilungen der Beamtinnen und Beamten unterschiedlich erstellt worden sind.**

Nun, dienstliche Beurteilungen sollen vor Allem, „Objektiv“ sein. Wenn nun neue Beurteilungen bevorstehen, dann könnte dieser Unterschied ausgeglichen werden, indem mit den Beamtinnen und Beamten, in einem persönlichen Beurteilungsgespräch, der aktuelle Stand der Leistung dem Bediensteten aufgezeigt wird und die Beurteilung dementsprechend gefertigt wird.

So einfach ist das aber nicht, denn auch die alten Beurteilungen wurden von geschulten Führungskräfte mit hohem Engagement erstellt. Um einen Bediensteten die Beurteilung nach unten hin anzupassen, bedarf es einem so genannten Kritikgespräch (Beurteilungsgespräch), indem die Schwächen klar angesprochen und aufgezeigt werden.

Hier im Offenen Vollzug ticken die Uhren offensichtlich anders. Beurteilungen werden einfach herabgesetzt, mit der Begründung: „Wir müssen uns den anderen Bereichen anpassen“.

Als Personalrat habe ich Einsicht in den gefertigten Beurteilungen und stellte fest, so gravierende Unterschiede zwischen den vier Bereichen, gab es eigentlich nicht. Leicht entsteht hier der Eindruck, wer es werden soll, der soll es eben durch Änderung der Beurteilung werden. Das darf und kann es einfach nicht geben! Der Personalrat wird mit aller Macht gegen diesen Umstand angehen.

**Andreas Braun**

Stellvertretender  
Landesvorsitzender

## Weitere finanzielle Nachteile:

### Bedauern und Unverständnis geäußert

Nachwuchskräfte im Justizvollzug werden schlechter gestellt

**Mit Bedauern und Unverständnis hat der BSBD Berlin zu Kenntnis genommen, dass junge Beschäftigte im Justizvollzug auch weiterhin benachteiligt werden. In den vergangenen Jahren mussten schon einige Ausbildungslehrgänge auf die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) verzichten, weil sie die notwendigen Stichtage nicht erfüllt haben.**

Weitere finanzielle Nachteile müssen junge Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug hinnehmen, weil die neuen, seit Juli 2011 geltenden neuen Besoldungstabellen, die Eingangsstufe 1 vorsehen und somit seit Eintritt in den öffentlichen Dienst als Anwärter/in, mehreren hundert Euro zum Eingangsamt A 7 fehlen.

### Erste ausgebildete Nachwuchskräfte kehren dem Land den Rücken

Nunmehr müssen Probebeamte/innen teilweise mehrere Monate mit einer Abschlagszahlung auskommen, weil die entsprechenden Mitteilungen aus den Dienststellen die **ZBV** nicht rechtzeitig erreichen. Erste ausgebildete Nachwuchskräfte ziehen in andere Bundesländer, weil diese eine deutlich höhere Besoldung zahlen als Berlin. Aus Sicht des **BSBD Berlin** muss dieser sich abzeichnende Trend dringend verhindert werden.

„Wir hoffen sehr, dass hier schnell eine Regelung im Sinne der jungen Beschäf-

tigten getroffen wird. So motiviert man doch keine Mitarbeiter, wenn schon bei der Ausbildung und der danach folgenden Probezeit, solche erheblichen Nachteile eintreten“ sagte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**. Der **BSBD Berlin** ruft deshalb alle Anwärterinnen und Anwärter sowie alle Probebeamten auf, sich zu melden, damit eine einheitliche Regelung mit der Senatsverwaltung für Justiz besprochen werden kann.

### Justizsenator Thomas Heilmann hat Wort gehalten

Gleichzeitig stellte **Thomas Goiny** fest, dass der Justizsenator **Thomas Heilmann**, sein Wort zur Übernahme und Weiterbeschäftigung aller Anwärter nach der Ausbildung gehalten hat. Aus Sicht des **BSBD Berlin** muss jetzt aber die weitere Zukunft und die Ausbildung auch nach dem Lehrgang 222 im allgemeinen Vollzugsdienst und der Verwaltung geplant werden.

BSBD Berlin fordert:

## Höhergruppierung der Handwerksmeister im Werkdienst notwendig

Die Laufbahngruppe 2 (gehobener Dienst) wird angestrebt

Aus Sicht des BSBD Berlin ist die Alimentation der Handwerksmeister im Werkdienst nicht mehr amtsangemessen. Im Kern begründet sich die Forderung des BSBD Berlin auf die vom Bundesministerium für Bildung in dem deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR) ausgesprochene Gleichwertigkeit von Meistern mit dem Abschluss des Bachelor.

Die Grundlage für die Forderung ist der gemeinsame europäische Referenzrahmen (EQR), der die Qualifikationssysteme verschiedener Länder miteinander verknüpft, um Qualifikationen über Länder- und Systemgrenzen hinweg in Europa verständlicher zu machen. Die Entwicklung geht auf das Jahr 2004 zurück und stellt eine Reaktion auf das Ersuchen von Mitgliedstaaten, Sozialpartnern und anderen interessierten Gruppen dar, einen gemeinsamen Bezugsrahmen zur Verbesserung der Transparenz von Qualifikationen zu schaffen.

Er verfolgt dabei zwei Kernziele. Zum einen die Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität von Bürgern und zum anderen die Unterstützung ihres lebenslangen Lernens. Die Empfehlung trat im April 2008 formell in Kraft und empfiehlt Ländern die Verknüpfung ihrer nationalen Qualifikationssysteme mit dem EQR bis 2010. Bis 2012 sollen die Länder sicherstellen, dass individuelle Qualifikationsbescheinigungen einen Verweis auf das zutreffende EQR-Niveau enthalten.

Der EQR wird die verschiedenen nationalen Qualifikationssysteme und -rahmen mit einer gemeinsamen europäischen Referenz verknüpfen – den acht Referenzniveaus.

Sie umfassen die gesamte Bandbreite der Qualifikationen, von grundlegenden Niveaus (Niveau 1, z. B. Schulabschluss) bis zu fortgeschrittenen Niveaus (Niveau 8, z. B. Promotion). Als Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens umfasst der EQR sämtliche Qualifikationsniveaus der allgemeinen, der beruflichen und der akademischen Aus- und Weiterbildung.

Näheres zum EQR gibt es unter: [www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu)

Im Oktober 2006 haben sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Kultusministerkonferenz (KMK) darauf verständigt, gemeinsam einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR) zu entwickeln. Der DQR ist die nationale Umsetzung des EQR.

Mit dem DQR findet erstmals eine umfassende, bildungsbereichsübergrei-

fende Matrix zur Einordnung von Qualifikationen Anwendung, welche die Orientierung im deutschen Bildungssystem wesentlich erleichtert. Dazu beschreibt der DQR auf acht Niveaus fachliche und personale Kompetenzen, an denen sich die Einordnung der Qualifikationen orientiert, die in der allgemeinen, der Hochschulbildung und der beruflichen Bildung erworben werden.

Spitzenvertreter von Bund, Ländern und Sozialpartnern haben am 31. Januar 2012 beschlossen, dass zweijährige berufliche Erstausbildungen auf Niveau 3 und drei- und dreieinhalbjährige Erstausbildungen auf Niveau 4 eingestuft werden. Die Niveaus 6, 7 und 8 des Deutschen Qualifikationsrahmens entsprechen hinsichtlich der beschriebenen Anforderungen und Kompetenzen der Bachelor-Ebene, Master-Ebene und Doktoratsebene. Bund, Länder und Sozialpartner haben sich geeinigt, die Abschlüsse Bachelor und Meister auf Niveau 6 einzustufen.

Dabei ist zu beachten, dass auf einem Niveau gleichwertige, aber nicht gleichartige Qualifikationen abgebildet werden, denn jedes Niveau kann grundsätzlich auf verschiedenen Bildungswegen erreicht werden. Obwohl Bachelor und Meister unterschiedliche Kompetenzprofile aufweisen und sich auch hinsichtlich der Aufgabenprofile unterscheiden, ist das Kompetenzprofil der beiden Qualifikationen (beschrieben z. B. über die Fähigkeit, mit Komplexität und mit Veränderungen umzugehen oder selbstständig zu handeln) auf demselben Niveau anzusiedeln.

Näheres zum DQR gibt es unter: [www.deutscherqualifikationsrahmen.de](http://www.deutscherqualifikationsrahmen.de)

Die amtsangemessene Alimentation gehört zum Kernbereich der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums nach Artikel 33 Absatz 5 GG. Das Alimentationsprinzip verpflichtet den Dienstherrn den Beamten und seine Familie lebenslang angemessen zu alimentieren. Es ist entsprechend der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards ein angemessener Unterhalt zu gewähren. Wenn auch seitens des Bundesministeriums für Bildung im DQR die Gleichwertigkeit zwischen einem Handwerksmeister und dem Bachelor festgelegt wird, dann ist die Alimentation der Meister im Werkdienst aus unserer Sicht nicht mehr amtsangemessen.

Der BSBD Berlin leitet hieraus folgende Forderungen ab:

- Handwerksmeister im Werkdienst haben aus unserer Sicht grundsätzlich einen Anspruch auf die Laufbahngruppe II (gehobener Dienst) mit dem Eingangssamt A9 / EG9.
- In der Handwerksrolle eingetragene Meister A 10
- In der Handwerks- und Ausbildungsrolle eingetragene Meister A 11

Der BSBD Berlin hält die Forderungen für gerechtfertigt und wird diese in den nächsten Gesprächen mit dem Justizsenator und den Fraktionen im Abgeordnetenhaus im Rahmen der Laufbahnreform ansprechen. Gleichzeitig wird sich der BSBD für die weitere Durchlässigkeit der Laufbahnen einsetzen. Aus Sicht des BSBD ist der Werkdienst eine der wichtigsten Säulen des Justizvollzuges und darf auch nicht Dritten überlassen werden.

### Persönlicher Leserbrief an Alexander Straßmeir

„Sehr geehrter Herr Straßmeir, besuchen Sie uns auch einmal und überzeugen Sie sich selbst, wie die Praxis aussieht!“ In einem persönlichen Leserbrief hat der stellv. Landesvorsitzende des BSBD Berlin und Personalratsvorsitzende der Anstalt des offenen Vollzuges, **Andreas Braun**, den Staatssekretär **Alexander Straßmeier** aufgefordert, sich intensiv um die Probleme im Offenen Vollzug zu kümmern und ihn in die Anstalt einzuladen. Seit fast zwei Jahren wurden die Standorte des Offenen Vollzugs langsam aber beständig mit Inhaftierten aus dem Anstalten des geschlossenen Vollzuges belegt. Das führte dazu, dass die Anstalt im Durchschnitt mit 100 % Belegung zu kämpfen hat. Gleichzeitig hat sich auch die „Art“ der Inhaftierten verändert. Zu den substituierten Inhaftierten kamen noch Langstrafer hinzu. Gleichzeitig hat der offene Vollzug kaum Arbeitsplätze. Technische und bauliche Mängel runden die lange Problemliste ab. Der BSBD Berlin hat bereits die Rolle des offenen Vollzuges im ersten Entwurf des neuen Strafvollzugsgesetzes kritisiert. Eine klare Aussage zum offenen Vollzug findet sich nicht wieder.

## Der Erhöhung zugestimmt

Erhöhte Dienst- und Versorgungsbezüge kommen im Oktober zur Auszahlung

**Die Dienst- und Versorgungsbezüge werden im Oktober 2012 um die Erhöhungsbeträge von 2 % nach dem Entwurf des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung angehoben. Die Monate August und September 2012 werden entsprechend nachgezahlt.**

Das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2012/2013 (BerlBVAnpG 2012/2013) ist in 1. Lesung vom Abgeordnetenhaus auch dem Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung überwiesen worden. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf am 10. September beraten und mit Dringlichkeit beschlossen.

Von der Anpassung der Besoldung rückwirkend zum 1. August 2012, sind der Unterhaltszuschuss und die Familienzuschläge für wissenschaftliche Volontäre sowie der Grundbetrag und die Familienzuschläge für die Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare erfasst, da diese Gehaltsbestandteile nach beamtenrechtlichen Vorschriften gezahlt werden. Der Versorgungsabschlag wird nach § 69 e Absatz 3 LBeamtVG mit neuen Anpassungsfaktoren berücksichtigt.

### Beamte/innen sind es leid, die rote Laterne zu tragen

Für den **BSBD Berlin** reicht dies aber nicht aus. „Die Dringlichkeit des Beschlusses hätte man sich sparen können, wenn das Gesetz rechtzeitig vor der Sommerpause ins Parlament eingebracht worden wäre. Die Beamtinnen und Beamten sind es leid, bei der Besoldung bundesweit die rote Laterne zu tragen“, sagte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**.

In einer Sitzung des Innenausschusses hat auch die Opposition inzwischen, die Forderung von **gkl berlin** und **BSBD Berlin** nach einem Besoldungsgipfel aufgenommen.

„Wir brauchen endlich Perspektiven und werden nicht nachlassen dies einzufordern“, äußerte sich **Goiny** abschließend.



Besuchen Sie uns im Internet: [www.bsbd-berlin.de](http://www.bsbd-berlin.de)

## Neue Form des Dialoges in der Berliner Justiz

Erwartet wird, dass Veränderungsprozesse zuerst besprochen werden

Mit Interesse und grundsätzlich positiv nimmt der **BSBD Berlin** die neue Form des Dialoges in der Justiz wahr. Im direkten Gespräch, durch Workshops und Beteiligungen der verschiedenen Gruppen will der Justizsenator Thomas Heilmann einen „neuen Wind“ in die Justiz bringen und zusätzliche Transparenz schaffen. Aus Sicht des **BSBD Berlin** ist dies für den Justizvollzug auch dringend notwendig. „Wir erwarten allerdings, dass mit den Beschäftigten und deren Interessenvertretungen Veränderungsprozesse zuerst besprochen werden. Die Einbindung muss direkt und unmittelbar erfolgen, wie es bereits beim Workshop für die Inbetriebnahme der JVA Heidering im Frühjahr dieses Jahres geschehen ist“, sagte dazu der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**.

Diese neue Dialogform muss vor allem für die Herausforderungen der nächsten Jahre im Justizvollzug gelten. Die Fusion der Dienststellen JVA Plötzensee, JVA Charlottenburg und dem Justizvollzugs-krankenhaus zum 1. Januar 2013, die seit zwei Jahren sehr hohe Belastung des offenen Vollzuges und das neue Strafvollzugsgesetz sind einige Beispiele dafür.

### Neues Strafvollzugsgesetz

Einem Artikel der *Berliner Morgenpost* vom 12. Juli 2012 konnte man entnehmen, dass das neue Strafvollzugsgesetz erst im nächsten Jahr verabschiedet werden und vorab ein breiter Dialog mit allen vom Gesetz Betroffenen stattfinden soll. Der Gesetzentwurf liegt zwar vor, eine offizielle Beteiligung ist aber bisher nicht erfolgt. Der **BSBD Bundesverband** hatte bereits in Abstimmung mit den zehn vom Gesetzentwurf betroffenen Landesverbänden eine eigene Stellungnahme zum Entwurf des Strafvollzugsgesetzes vorgelegt.

Für den **BSBD Berlin** darf es bei dem Gesetz aber nicht um Populismus gehen. Das neue Strafvollzugsgesetz wird sicherlich für Jahrzehnte den Justizvollzug prägen und darf deshalb auch kein Schnellschuss aus der Hüfte sein. Für den **BSBD Berlin** geht es nicht nur um die Notwendigkeit der intensiven Entlassungsvorbereitung von Inhaftierten, um die Rückfallquote zu verringern, sondern es geht auch um die tägliche Arbeit mit den Inhaftierten. Dabei bedarf es klarer

Spielregeln, die den meisten Inhaftierten in ihren bisherigen Leben nicht bekannt waren. Für die Inhaftierten darf der Alltag im Gefängnis kein Lotterleben und kein Lotteriespiel sein, in dem sie völlig alleine den Alltag bestimmen und sich aussuchen dürfen, was in der Haftzeit mit ihnen passiert.

Die Beschäftigten erwarten dagegen im Gesetz klare Richtlinien und Regeln die auch Bestand haben und von der Rechtsprechung nicht alle halbe Jahre verändert wird. Es geht auch um Vertrauen. In den letzten Jahren wurde ein großes Tuch über dem gesamten Justizvollzug ausgebreitet.

Der Öffentlichkeit wurde suggeriert, dass es keine Probleme gibt. Dieser Eindruck ist falsch! Es gab klare Weisungen aus der Senatsverwaltung für Justiz, die ohne Widerrede in den Dienststellen umgesetzt werden mussten. Die Personalräte wurden nicht informiert und beteiligt. Hier ist der Wille für eine neue Zusammenarbeit von allen Verantwortlichen notwendig, um das verloren gegangene Vertrauen zurückzugewinnen.

„Die Beschäftigten erwarten vor allem, dass die Entscheidungen nachvollziehbar sind und beruflich endlich Perspektiven geschaffen werden. Hier besteht mit dem Entwurf des neuen Laufbahnrechts für die Justiz die Möglichkeit, endlich etwas für die Beschäftigten im Justizvollzug zu tun“, sagte **Goiny** abschließend. Der **BSBD Berlin** ist zu dieser neuen Form der Zusammenarbeit bereit.

## Fußball-Wohltätigkeitsturnier 2012

Den Turnier-Sieg sicherte das Gäste-Team „Extreme Guns“

Am 18. August 2012 fand zum 38. Mal das traditionelle Fußball-Wohltätigkeitsturnier der Jugendstrafanstalt Berlin statt. In diesem Jahr beteiligten sich neben einer JSA-Auswahl drei Teams von „Draußen“. Für die Mannschaft des OSZ Wilmersdorf war es das 14. Turnier. Karlsruher Kindl wurde zum 5. Mal begrüßt. Das Freizeit-Team „Extreme Guns“ startete als Neuling.

Bei herrlichem Sonnenschein und guten Platzbedingungen wurde das Turnier um 9.15 Uhr durch den Anstaltsleiter Herr Luxa eröffnet. Es kam zu vielen spannenden und abwechslungsreichen Spielen. Die Teams spielten im Modus „Jeder gegen Jeden“, so dass es zu sechs Begegnungen kam. Das Eröffnungsspiel zwischen Karlsruher Kindl und den „Gunnern“ war hart umkämpft und endete 3:3.

Die JSA-Auswahl hatte in ihrer ersten Begegnung einen optimalen Start und gewann mit 3:0 gegen Wilmersdorf. Leider wurde das Niveau von der ersten Partie nicht gehalten. Es folgten ein Remis und eine Niederlage. Das reichte diesmal nur zum 3. Platz. Den Turniersieg konnte das Gäste-Team „Extreme Guns“ mit zwei Siegen und einem Unentschieden erringen. Zweiter wurde Karlsruher Kindl. Insgesamt fielen bei der offensiven Spielweise 21 Tore. Auffallend war wiederum die Fairness in den kampfbetonten Partien. In der Pause wurde erstmalig ein Kulturprogramm geboten. Insassen der Hip-Hop-Gruppe arrangierten eigene Texte und Musik auf der Grundlage von Werken des Kompo-

nisten Franz Schubert und führten diese mit viel Eifer und Begeisterung auf.

### Endstand:

1. Extreme Guns 7 Pkt. 11:4 Tore
2. Kindl Karlsruher 5 Pkt. 5:4 Tore
3. JSA Berlin 4 Pkt. 5:4 Tore
4. OSZ Wilmersdorf 0 Pkt. 0:9 Tore

Die Siegerehrung wurde vom Anstaltsleiter Herr Luxa durchgeführt. Alle Mannschaften konnten mit einem Pokal belohnt werden und auch die Schiedsrichter und Sponsoren bekamen für ihren unermüdlichen Einsatz ein Erinnerungsgeschenk.

Durch die Spenden der Teams, der Gäste und des BSBD Berlin sind wir auch diesmal in der Lage, Holz-Spielzeug in unseren Werkstätten herstellen zu lassen. In der Weihnachtszeit können wir dann wieder viele Kinder in einer Integrations-Kita überraschen.

Die Sportabteilung möchte sich auf diesem Wege recht herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die uns beim Gelingen dieser Veranstaltung geholfen haben.

M. Siebert, JSA Berlin-Abt. Sport

## BBBank setzt Tradition fort

Prominenz bei den exklusiven Abenden für den öffentlichen Dienst

Auch in diesem Jahr unterstreicht die BBBank einmal mehr ihre Verbundenheit zum öffentlichen Sektor. Kunden der BBBank und Interessierte aus Behörden und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes können sich auf die im Herbst stattfindenden Veranstaltungen freuen: An folgenden Abenden wird der Bundesarbeitsminister a. D. Dr. Norbert Blüm erwartet: 7. Nov. Stuttgart; 19. Nov. Nürnberg; 20. Nov. Dresden; 21. Nov. Berlin; 22. Nov. Potsdam; 27. Nov. Mainz; 28. Nov. Mannheim; 4. Dez. Freiburg; 5. Dez. Karlsruhe.

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann wird am 26. Nov. in Nürnberg sprechen und der ehemalige Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel hat für Koblenz am 3. Dez. seine Teilnahme zugesagt. In diesem Jahr steht das Thema „Gesundheit“ im Mittelpunkt der Kundenabende. Deshalb wird bei den diesjährigen Veranstaltungen die DebeKa – der Partner der BBBank – an den Veranstaltungen präsent sein. Wie in den Vorjahren werden die Abende mit dem beliebten Genuss- und Infomarktplatz einen stilvollen Ausklang finden.

Anmeldung: [http://www.bbbank.de/oeffentlicher\\_dienst/allgemeines\\_oeffentlicher/exklusiver\\_abend\\_fuer.html](http://www.bbbank.de/oeffentlicher_dienst/allgemeines_oeffentlicher/exklusiver_abend_fuer.html)

## BRANDENBURG

### Positionen der rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen zu aktuellen vollzugs- und dienstrechtlichen Sachverhalten

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg setzt zwei Jahre vor der nächsten Wahl 2014 zum Endspurt in der Umsetzung ihrer Ziele aus der Koalitionsvereinbarung an. Hierbei sind dienst-, besoldungs- und versorgungsrechtliche Sachverhalte ebenso erfasst wie Gesetzesvorhaben und Standortkonzepte für den Strafvollzug.

Der BSBD Brandenburg hat zu einer Vielzahl der Vorhaben schon Stellung bezogen und sie kritisch bewertet. Welche Positionen beziehen aber die Parlamentarier, die letztlich die Vorstellungen der Landesregierung im Landtag ihren Segen geben müssen? Der BSBD hat die rechtspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen gebeten, sich für unsere Fachzeitschrift zu ausgewählten Problemen zu positionieren, ihre persönliche Meinung öffentlich darzustellen und sie der ganz individuellen Bewertung der Bediensteten zu überlassen. Deshalb wird von unserer Seite keine Kommentierung der einzelnen

Beiträge vorgenommen. Zu den einzelnen Sachverhalten äußern sich in alphabetischer Reihenfolge der Fraktionen:

- Sabine Niels, Bündnis 90/Die Grünen (nur zu Punkt 2 und 3)
- Danny Eichelbaum, CDU
- Margitta Mächtig, Die Linke
- Linda Teuteberg, FDP
- Andreas Kuhnert, SPD.

**1. Mit dem Entwurf eines brandenburgischen Beamtenrechtsneuordnungsgesetzes ist u. a. vorgesehen, für die Vollzugskräfte im Justizvollzug (allgemeiner Vollzugsdienst, Werkdienst,**

**Krankenpflegedienst) die besondere Altersgrenze von bisher 60 Jahren um sieben Jahre zu erhöhen. Wie stehen Sie als Abgeordneter, der diesem Gesetz dann seine Zustimmung erteilen soll, dazu?**

#### Danny Eichelbaum:

Mein Fraktionskollege Herr Lakenmacher und ich sind der Auffassung, dass eine Erhöhung des Renteneintrittsalters von Vollzugsbeamten im Land Brandenburg von 60 Jahren auf 67 Jahre unangemessen, nicht zielführend und daher nicht zuzustimmen ist. Dies gilt insbesondere